

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

14. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 19. Januar 2010

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Franz Müntefering, Dr. Christel Happach-Kasan und Willi Zylajew	1131 A	Dr. Guido Westerwelle (FDP)	1147 C
		Joachim Poß (SPD)	1147 D
		Dr. Michael Meister (CDU/CSU)	1148 A
Zur Geschäftsordnung		Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE)	1151 A
Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1131 B	Otto Fricke (FDP)	1152 B
Peter Altmaier (CDU/CSU)	1132 D	Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1154 B
Thomas Oppermann (SPD)	1134 B	Norbert Barthle (CDU/CSU)	1156 C
Jörg van Essen (FDP)	1135 C	Carsten Schneider (Erfurt) (SPD)	1158 C
Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE)	1136 C	Carl-Ludwig Thiele (FDP)	1161 A
		Dr. Barbara Höll (DIE LINKE)	1162 B
		Bartholomäus Kalb (CDU/CSU)	1163 B
Tagesordnungspunkt 1:		Einzelplan 30	
Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45 d des Grundgesetzes (Drucksache 17/437)	1137 C	Bundesministerium für Bildung und Forschung	1164 D
Wahl	1137 D	Dr. Annette Schavan, Bundesministerin BMBF	1165 A
Ergebnis	1145 C	Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)	1167 A
		Ulrike Flach (FDP)	1168 C
		Dr. Petra Sitte (DIE LINKE)	1170 A
Tagesordnungspunkt 2:		Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1172 B
Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) (Drucksache 17/200)	1137 D	Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU)	1173 C
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMF	1138 A	Klaus Hagemann (SPD)	1174 C
Joachim Poß (SPD)	1145 D	Patrick Meinhardt (FDP)	1176 C
		Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1177 D
		Uwe Schummer (CDU/CSU)	1179 A

(A)

(C)

14. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 19. Januar 2010

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich zur ersten Plenarsitzung des Deutschen Bundestages im neuen Jahr. Da es gute Wünsche kaum zu viel geben kann, nutze ich gerne die Gelegenheit, Ihnen allen persönlich und uns gemeinsam ein gutes und erfolgreiches neues Jahr zu wünschen.

Der Kollege **Franz Müntefering** hat am vergangenen Samstag seinen 70. Geburtstag gefeiert,

(Beifall)

(B)

und einige Tage zuvor haben die Kollegin **Dr. Christel Happach-Kasan** und der Kollege **Willi Zylajew** runde Geburtstage gefeiert. Im Namen des Hauses Ihnen alle guten Wünsche für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Bevor wir in unsere vereinbarte, ausgedruckte Tagesordnung eintreten, haben wir einen **Geschäftsordnungsantrag** zu behandeln. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat fristgerecht beantragt, die heutige Tagesordnung um die Beratung ihres Antrags mit dem Titel „Umsatzsteuerermäßigung für Hotellerie zurücknehmen“ zu erweitern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Kollegen Volker Beck.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, unseren Antrag „Umsatzsteuerermäßigung für Hotellerie zurücknehmen“ zusammen mit dem Einzelplan des Bundesministeriums der Finanzen hier heute zu beraten. Als wir die Tagesordnung für diese Woche vereinbart haben, war das Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch nicht verabschiedet und waren die Hinter-

gründe und Konsequenzen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes noch nicht in vollem Umfang bekannt.

Nach Ihrem Finanzplan geht es um ein Volumen von 1 Milliarde Euro jährlich, nach Meinung der Experten in der Sachverständigenanhörung um 2 Milliarden Euro. Angesichts der dramatischen Haushaltssituation ist es notwendig, eine Korrektur anzubringen, die noch im Bundeshaushalt 2010 Berücksichtigung finden kann. Deshalb ist die heutige Beratung unseres Antrages im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt dringend erforderlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

Sie mögen jetzt einwenden – Kollege Kauder hat es mir gerade auf meinem Weg zum Rednerpult hinterhergerufen –: Es geht um den Haushalt. Natürlich ist das eine haushaltsrelevante und eng im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt stehende Frage. Aber ich möchte daran erinnern: In Ihrer letzten Koalition, Herr Kauder, haben Sie in ersten Lesungen des Bundeshaushaltes immer wieder Anträge zugelassen, die noch nicht einmal im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt standen. Ich erinnere an das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2007, den Antrag der Koalition „Die weltweit letzten 100 westpazifischen Grauwale schützen“

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ja eigentlich gut so!)

und an 2006, wo es um Belarus nach den Präsidentschaftswahlen ging. Meine Damen und Herren: Lassen Sie diesen Antrag heute zu!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Umsatzsteuersenkung für Hotellerie ist Klientelpolitik reinsten Wassers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Volker Beck (Köln)

- (A) Sie verfehlt das angebliche Ziel der Koalition, Steuervereinfachungen durchzuführen. Die Wirtschaftsverbände – acht große Verbände – haben Ihnen diese Woche einen Brief geschrieben, in welchem sie eine Korrektur dieser Regelung verlangen; denn diese Regelung führt bei den Betrieben zu mehr Bürokratie. Der Aufwand für Reisekostenabrechnungen wird steigen. Ein Teil der Kosten, nämlich die Frühstücksregelung, wird in Zukunft lohnsteuerpflichtig werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie wollten zur Geschäftsordnung sprechen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege Beck!

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
All diese Fragen zeigen, dass Ihr Gesetz das Ziel verfehlt. Deshalb müssen wir heute im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprechend darüber diskutieren, Herr Präsident, weil die Sachlage damals nicht bekannt war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist wichtig, dass der Deutsche Bundestag in der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres eine entsprechende Korrektur vornimmt und für die Betriebe und Unternehmen im Land Rechtsklarheit schafft.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

- (B) Herr Kollege Beck, Sie wissen ja, dass mein besonderes Wohlwollen Sie jederzeit begleitet.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss Sie dennoch darauf aufmerksam machen, dass Sie im Augenblick zur Geschäftsordnung reden und eine Debatte zur Sache erst erfolgen kann, wenn der Punkt aufgesetzt wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau richtig!)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist richtig, Herr Präsident. Ich weiß, dass Sie immer die notwendigen geschäftsleitenden Hinweise geben. Das schätze ich außerordentlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe ja auch begründet, warum heute hier, im Deutschen Bundestag, eine Debatte im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt nach der Geschäftsordnung dringend erforderlich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ich habe selten einen aufgeblaseneren Menschen gesehen als den!)

Es ist erforderlich, dass wir als Bundestag sofort reagieren, weil in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, dass man in diesem Land politische Entscheidungen kaufen kann. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Für die Steuerbegünstigung für Übernachtungen gibt es keinen fachlichen Grund. Sie führt nicht zu Wachstum, sondern zu mehr Bürokratie, und sie kostet den Staat 2 Milliarden Euro im Jahr. Es gibt kein vernünftiges Argument dafür, außer den 1,1 Millionen Argumenten in der Schatzmeisterei der FDP.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten vom Deutschen Bundestag, dass er sich mit dieser Frage unverzüglich, in der ersten Sitzungswoche des Jahres, beschäftigt, weil sie eine generelle Kritik an der Politik haben. Sie haben den Eindruck, dass hier etwas nicht richtig läuft. Meine Kollegen von der FDP, diese Spende mag legal sein, in Ordnung ist sie deshalb noch lange nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb fordere ich Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, auf: Drücken Sie diese Debatte heute im Deutschen Bundestag nicht weg! Lassen Sie zu, dass wir hier und heute über die Rücknahme dieser unseligen steuerrechtlichen Klientelpolitik debattieren und unseren Antrag zusammen mit dem Bundeshaushalt verabschieden können! (D)

Meine Kollegen von der FDP, Ihnen sei geraten, die Spende an August Baron von Finck zurückzuüberweisen. Sie würden Ihrer Partei und der Demokratie in Deutschland damit einen Dienst erweisen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Peter Altmaier für die CDU/CSU-Fraktion.

Peter Altmaier (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ist durchsichtig,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Transparent!)

er ist unehrlich, er ist problematisch für die politische Kultur, und er ist für die wirtschaftliche Entwicklung tendenziell schädlich,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh!)

und deshalb lehnen wir ihn ab.

Peter Altmaier

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will diese Ablehnung im Einzelnen begründen: Er ist durchsichtig. Herr Kollege Beck, das haben Sie selbst vorweggenommen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Transparent! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schämen Sie sich! Peinlich!)

Wir befinden uns in der Haushaltsdebatte. Es ist geradezu die Natur der Haushaltsdebatte, dass über alle politisch relevanten Themen und Vorgänge im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert werden kann: im Rahmen der Generalaussprache, im Rahmen der Aussprache zum Finanzteil, im Rahmen der Aussprache zum Wirtschaftsteil. Sie hätten und Sie haben Möglichkeiten ohne Ende, die Themen, die Sie interessieren, zur Sprache zu bringen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sprechen ja, aber nicht entscheiden!)

Dass Sie gestern Abend einen in aller Eile zusammengestoppelten Antrag eingereicht haben, zeigt, dass es Ihnen nicht um die Sache geht, sondern nur darum, einen billigen PR-Effekt zu erzielen. Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Feigheit vor der Abstimmung! Mutlos! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha, das ist Ihnen unangenehm, Herr Altmaier! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schämen Sie sich!)

(B)

Ihr Geschäftsordnungsantrag ist darüber hinaus in höchstem Maße unehrlich, und zwar aus zwei Gründen. Der erste Grund: Sie tun so, als ob die Mehrwertsteuerermäßigung im Bereich des Hotelgewerbes über Nacht vom Himmel gefallen ist, nachdem ein Unternehmer, der zufällig auch Hotels betreibt, an die FDP spendet hat.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ehrlichkeit gebietet es, darauf hinzuweisen, dass diese Debatte begonnen hat, nachdem der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder seinem damaligen französischen Präsidentenkollegen Chirac zugesagt hat, sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass genau diese Ermäßigungen möglich werden. In der Folge hat rund die Hälfte aller europäischen Länder davon Gebrauch gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Ich habe nicht gefragt, ob Bundeskanzler Schröder damals Spenden von irgendjemandem aus diesem Bereich erhalten hat.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre einmal eine interessante Frage, Herr Altmaier!)

– Sie können noch so laut schreien. Dadurch wird nur die Unzulänglichkeit Ihrer Argumente deutlich. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Kern der Debatte, Herr Kollege Trittin – ich komme zum zweiten Grund –, ist jedoch ein ganz anderer – darüber möchte ich gerne mit Ihnen reden –: Die Argumentation des Kollegen Beck läuft im Wesen darauf hinaus, dass man von einem Unternehmen keine Spende annehmen darf,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

dessen politische Interessen man vorher oder nachher in irgendeiner Weise im Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag befördert hat.

Ich habe mich gestern Abend auf der Internetseite www.Parteispenden.Unklarheiten.de umgesehen, eine politische Datenbank einer NGO. Dort wird dargestellt, welche Parteien in Deutschland von welchen Unternehmen Spenden bekommen haben. Seit dem Jahre 2000 hat nach dieser Datenbank Bündnis 90/Die Grünen unter anderem bekommen: von der Ostwind-Verwaltungsgesellschaft mbH insgesamt 121 000 Euro, von Pro Vento 40 903 Euro, von der Conenergy AG 49 000 Euro,

(Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU: Aha!)

von der EWO Energietechnologie GmbH 40 000 Euro, von der Ersol AG 25 000 Euro,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

von der Solon AG 20 000 Euro und von der Windpark wohlbedacht GmbH 25 000 Euro. (D)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie das mal zusammengerechnet, Herr Altmaier?)

Meine Damen und Herren, wenn das Argument, das Sie eben vorgetragen haben, auch nur einen Funken Wahrheit enthält, dann würde das bedeuten, dass Sie sich für die Frage der alternativen Energien nicht mehr einsetzen dürfen, weil Sie die ganze Zeit von Unternehmen, die damit Geld verdienen, Spenden entgegengenommen haben. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Blattschuss!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Altmaier, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass wir jetzt nicht die inhaltliche Debatte führen, um deren Stattfinden es bei diesem Geschäftsordnungsantrag geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Peter Altmaier (CDU/CSU):

Herr Präsident! Danach werde ich mich richten. Sie werden aber bemerkt haben, dass sich meine Ausführun-

Peter Altmaier

- (A) gen im Gegensatz zu dem, was der Kollege Beck gesagt hat, auf die Geschäftsordnung beziehen.

Der letzte Gedanke ist, dass Ihr Antrag auch für die politische Kultur problematisch ist.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Über die in Rede stehende Maßnahme diskutieren wir in Deutschland seit über einem Jahr. Diese Forderung war im Wahlprogramm der FDP, im Wahlprogramm anderer Parteien, auch in dem der Linkspartei, wenn ich richtig nachgelesen habe, enthalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben im Bundestagswahlkampf diese Forderung bekämpft. Sie haben leider Gottes in puncto Wählerzustimmung nicht recht bekommen; Sie haben die Bundestagswahl verloren.

Zu dieser Forderung hat ein Gesetzgebungsverfahren stattgefunden. Im Gegensatz zur rot-grünen Koalition, die seit 1998 ständig Maßnahmen umgesetzt hat, die nie im Wahlprogramm standen, hat diese Koalition bisher ausschließlich Maßnahmen umgesetzt, die schon vor der Wahl in den Wahlprogrammen der Parteien standen. Dabei wird es auch in absehbarer Zeit bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Sie haben in erster, zweiter und dritter Lesung im Deutschen Bundestag gegen diese Maßnahme argumentiert. Sie haben verloren. Sie haben im Bundesrat dagegen argumentiert. Sie haben erneut verloren. Sie haben zum dritten Mal verloren. Irgendwann einmal muss man in der Demokratie dann auch zugeben können, dass man verloren hat; sonst wird man so schnell auch nicht wieder gewinnen. Wir werden Ihren Antrag heute ablehnen, damit Sie Zeit haben, darüber nachzudenken, dass Sie in Zukunft vielleicht das eine oder andere in Ihrer Vorgehensweise ändern müssen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Oppermann hat nun das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Altmaier, wer in der falschen Sache immer wieder gewinnt, kann trotzdem der Verlierer sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Da spricht sich einer Mut zu! So ist es recht!)

Bei einer Umfrage von n-tv heute Morgen, ob die Bundesregierung käuflich sei, haben 82 Prozent mit Ja und 8 Prozent mit Nein geantwortet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob die Spenden von 820 000 Euro an die CSU und von 1,1 Millionen Euro an die FDP durch Baron August von Finck mit dem Parteiengesetz vereinbar sind. Das wird der Präsident des Deutschen Bundestages prüfen. Wir warten das Ergebnis dieser Prüfung ab.

Eines können wir aber schon heute feststellen: Das Mehrwertsteuergeschenk für Hotelketten ist mit den Grundsätzen des allgemeinen Wohls im demokratischen und sozialen Rechtsstaat in eklatanter Weise unvereinbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dieses allgemeine Wohl wird nicht durch die Summe mächtiger Einzelinteressen definiert.

(Zuruf von der FDP: Geschäftsordnung!)

Maßstab für das allgemeine Wohl ist vielmehr das grundlegende Bedürfnis der Menschen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Anstrengung zu verdienen und deshalb an Arbeit, Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit teilzuhaben. Das ist der Maßstab und nicht die Interessen von Apothekern, von Hotelbesitzern, von Steuerberatern und anderen einzelnen Gruppen, die Sie bisher bedient haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer parlamentarischen Demokratie muss man zumindest den Versuch unternehmen, für ein Gesetz eine allgemeine Plausibilität zu bekommen. Ich sage Ihnen: Das ist Ihnen beim Steuergeschenkgesetz nicht gelungen. 15 von 16 Experten haben den Gesetzentwurf bei der Anhörung abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Der Finanzwissenschaftler Professor Homburg hat es als ökonomischen Irrsinn bezeichnet, und Norbert Lammert von der CDU hat gesagt, es sei willkürlich, bürokratisch und unsinnig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich frage Sie: Warum haben Sie dieses Gesetz trotzdem durchgesetzt? Sie haben es durchgesetzt, weil Sie die Interessen einer ganz bestimmten Gruppe befriedigen wollen. Sie haben das allgemeine Wohl aus den Augen verloren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Oppermann, Sie wollten sicherlich auch noch einen Satz zur Geschäftsordnung sagen.

(Heiterkeit im ganzen Hause – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Thomas Oppermann (SPD):

Gerne. Ich habe verstanden, Herr Präsident. – Ich finde es unerträglich, dass ein Milliardär mit einer Millionenpende maßgeblich Einfluss darauf nehmen kann, was die Mehrheit hier im Bundestag beschließt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der FDP: Kann er nicht!)

Ich finde es schlimm, dass Sie damit den Anschein erweckt haben, als ob unser Staat käuflich sei.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das haben Sie gemacht!)

Deshalb tragen Sie jetzt die Verantwortung und die Beweislast dafür, dass dieser böse Anschein einer gekauften Koalition widerlegt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern Folgendes:

Erstens. CSU und FDP müssen diese Spenden zurückgeben. Auf diesem Geld liegt kein Segen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Das mit dem Makel der Käuflichkeit behaftete Mehrwertsteuergeschenk für Hotelketten muss aufgehoben werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Drittens. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben den Koalitionsvertrag verhandelt,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Moderiert!)

und deshalb tragen Sie Verantwortung dafür, dass für den hemmungslosen Durchmarsch der Lobbyisten in Deutschland alle Türen aufgemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich fordere Sie auf: Machen Sie diese Türen wieder zu und kehren Sie zurück zu einer Politik, die am allgemeinen Wohl interessiert ist!

Ich sage Ihnen noch etwas, Frau Bundeskanzlerin: Ihr persönlicher politischer Aufstieg war verbunden mit dem Ende der „Bimbesrepublik“ Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Ach herrje!)

Ich prophezeie Ihnen: Wenn es Ihnen nicht gelingt, die Rückkehr in die „Bimbesrepublik“ zu verhindern, dann ist das der Anfang Ihres politischen Abstiegs. **(C)**

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die FDP-Fraktion erhält nun der Kollege van Essen das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU])

Jörg van Essen (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Begründungen gehört, warum heute sofort über die Frage des reduzierten Mehrwertsteuersatzes diskutiert werden muss. Diese Notwendigkeit besteht nicht, wie ich Ihnen jetzt ganz schnell darlegen werde.

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh! – Sehr interessant! – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Frage hat sich unter anderem die Partei Die Linke befasst. Auf Seite 30 des Bundestagswahlprogramms der Linken, das mir vorliegt,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: So ist es richtig! Das ist ja schon mal ein Anfang!)

fordert sie den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent für Hotellerie und Gastronomie; **(D)**

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Nein! Nein! So nicht!)

exakt so ist es.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der LINKEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP], an die LINKE gewandt: Aha! So ist das also! Jetzt seid ihr endlich einmal aufgefallen!)

Mir liegen die tourismuspolitischen Leitlinien der SPD aus dem Jahre 1998 vor.

(Zuruf von der SPD: 1998? Wie aktuell!)

Darin fordert die SPD den halbierten Mehrwertsteuersatz für Gastronomie und Hotellerie.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mir liegt der Antrag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Franz Maget, und der Fraktion der SPD vom 18. Januar 2006 vor. Er hat folgenden Inhalt:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass der Bund für die Hotellerie den reduzierten Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 % einführt.

So viel zur SPD.

Jörg van Essen

- (A) (Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber am allerschönsten sind die Grünen. Die Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag hat am 22. April letzten Jahres mit breiter Mehrheit die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Gastronomie und Hotellerie gefordert.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wo sind die Spenden dazu? Floss damals Geld?)

Weil das, was der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen im Bayerischen Landtag dazu ausgeführt hat, richtig ist, würde ich ihn gerne persönlich zitieren:

Wir setzen uns ein für die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Gaststätten und Hotels, nicht weil wir uns dadurch dann spürbar niedrigere Preise für die Gaststätten- und Hotelgäste versprechen, sondern weil wir uns Impulse erwarten ... in der Frage reguläre Arbeitsplätze ... und ... im Hinblick auf den dringend zur Beseitigung anstehenden Investitionsstau ... Auch geht es um ... Wettbewerbsgleichheit im grenznahen Raum wie in Metropolen.

Außerdem weist er darauf hin, dass 22 der 27 EU-Mitgliedstaaten den ermäßigten Mehrwertsteuersatz eingeführt haben.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht dessen, was ich gerade vorgetragen habe – die Linken fordern den ermäßigten Mehrwertsteuersatz, die SPD fordert den ermäßigten Mehrwertsteuersatz,

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Nein! – Weitere Zurufe von der SPD: Tun wir nicht! – Stimmt nicht! – Das ist nicht wahr!)

bei den Grünen gibt es welche, die ihn absolut befürworten –, muss ich sagen: Die Gründe, die Sie vorgetragen haben, warum dieses Thema heute zu debattieren ist, gibt es offensichtlich gar nicht.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die interessante Frage ist ja, warum Sie diese Auffassung zur Parteimeinung gemacht haben, Herr van Essen!)

Ich weise alle Vorwürfe, die Sie erhoben haben, mit Nachdruck zurück.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na gut! Und jetzt zum Geld, Herr van Essen!)

Der Skandal ist nicht, dass eine Parteispende angenommen und ordnungsgemäß deklariert worden ist, sondern der Skandal ist das, was Sie hier und heute präsentieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält die Kollegin Frau Dr. Enkelmann das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion Die Linke unterstützt den Geschäftsordnungsantrag der Grünen.

Zur Ehrlichkeit, lieber Kollege van Essen, lieber Herr Kauder, gehört, dass man, wenn man denn schon zitiert, korrekt zitiert. Was steht in unserem Wahlprogramm? Wir wollen, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent ausgeweitet wird auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder,

(Beifall bei der LINKEN)

apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks sowie Hotellerie und Gastronomie

(Zurufe von der FDP: Aha!)

und dass kleine Unternehmen und Selbstständige die Umsatzsteuer auf eine Rechnung erst nach dem Zahlungseingang abzuführen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

So weit unser Wahlprogramm; ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung.

Die Entscheidung, die Mehrwertsteuer allein für die Hotellerie abzusenken, wirft ein bezeichnendes Licht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist genau das Problem: dass diese Entscheidung angesichts dieser Spenden in einem völlig neuen Licht erscheint. Auch die weiteren Forderungen der FDP nach Steuersenkungen erscheinen jetzt in einem völlig anderen Licht. Wir werden uns das sehr genau anschauen und auch die Spendentätigkeit danach sehr genau verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Jörg van Essen [FDP]: Sie werden genauso eine Pleite erleben!)

Die Entscheidung hat Auswirkungen auf den Haushalt. Deswegen ist es richtig, diesen Antrag im Zuge der Haushaltsberatungen zu beraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, ist nicht auch unter Ihnen der eine oder andere – vielleicht auch unser Bundestagspräsident –, der vor dem Hintergrund, dass es diese Spende aus der Hotellerie gegeben hat, eine andere Entscheidung getroffen hätte? Würde es, auch angesichts des Protestes, der von außen kommt, heute tatsächlich noch eine Mehrheit für diese Entscheidung geben? Ich wage das zu bezweifeln.

Dr. Dagmar Enkelmann

- (A) (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine Aufhebung dieser Entscheidung hätte genauso Auswirkungen auf den Haushalt. Deswegen ist es notwendig, dass wir in dieser Haushaltsdebatte über diesen Antrag debattieren.

Lieber Kollege Altmaier, Sie haben recht: Das Lobbyunwesen hat in den letzten Jahren unverschämte Ausmaße angenommen. Ich will daran erinnern, dass Vertreter von Lobbyunternehmen zum Beispiel an Gesetzen mitgearbeitet haben, in der letzten Wahlperiode unter anderem an dem Entwurf zur Gesundheitsreform. Ich will daran erinnern, dass es Gefälligkeitsgutachten gibt. Auch kennen wir Dankbarkeit in Form von Spenden nicht erst seit der Spende an die FDP. Unter anderem haben sich große Versicherungskonzerne sehr dankbar erwiesen für Wohlverhalten angesichts der Einführung der Riester-Rente,

(Beifall bei der LINKEN)

und zwar gegenüber allen Parteien in diesem Bundestag mit Ausnahme der Linken.

Diese Spende an die FDP wirft ein schlechtes Licht auf den Parlamentarismus, auf die Demokratie in diesem Land.

(Jörg van Essen [FDP]: Alles entspricht genau den Regeln des Bundesverfassungsgerichts!)

- (B) Wir müssen grundsätzlich klären, welche Spenden angenommen werden dürfen und wo wir als Politik sagen: Jetzt ist Schluss! Spenden von großen Unternehmen dürfen nicht an Parteien gehen.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg van Essen [FDP]: Das Bundesverfassungsgericht sagt etwas anderes!)

In den Medien ist jetzt von Käuflichkeit der Regierung die Rede. Sie, sehr geehrte Ministerinnen und Minister, haben vor diesem Parlament einen Amtseid abgelegt, dass Sie Schaden vom Volk abwenden, dass Sie nur im Interesse des Volkes arbeiten wollen. Diese Spende wirft auch darauf ein anderes Licht: Sie müssen Schaden abwenden vom deutschen Volk und nicht von Ihren Parteien. Diese Spende ist unzulässig; sie muss deswegen zurückgezahlt werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer stimmt für den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen? – Wer stimmt dagegen? – Wer möchte sich der Stimme enthalten? – Damit ist der Geschäftsordnungsantrag von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 1 auf:

Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45 d des Grundgesetzes

– Drucksache 17/437 –

Die Fraktion Die Linke schlägt den Abgeordneten Wolfgang Nešković vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum Verfahren: Die für die Wahl erforderlichen Stimmkarten werden bzw. sind im Saal verteilt. Sie benötigen außerdem Ihren Wahlausweis aus dem Stimmkartenfach.

Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereint, also mindestens 312 Stimmen. Gültig sind nur Stimmkarten mit einem Kreuz bei „Ja“, „Nein“ oder „enthalte mich“. Ungültig sind Stimmkarten, die mehr als ein solches Kreuz, andere Namen oder Zusätze enthalten.

Die Wahl ist nicht geheim. Sie können die Stimmkarte deshalb an Ihren Plätzen ankreuzen. Bevor Sie die Stimmkarte in eine der Wahlurnen werfen, übergeben Sie bitte den Schriftführerinnen und Schriftführern an den Wahlurnen Ihren Wahlausweis. Die Abgabe des Wahlausweises gilt als Nachweis der Teilnahme an der Wahl.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre vorgesehenen Plätze einzunehmen und mir zu signalisieren, ob das an allen Wahlurnen der Fall ist. – Dies scheint der Fall zu sein.

Dann eröffne ich hiermit den Wahlgang.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte noch nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Wahl werde ich Ihnen später bekannt geben.¹⁾

Für den nächsten Tagesordnungspunkt darf ich diejenigen, die daran teilnehmen wollen, bitten, Platz zu nehmen, sodass wir dann mit der nachfolgenden Debatte beginnen können.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 2 unserer heutigen Plenarsitzung auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010

(Haushaltsgesetz 2010)

– Drucksache 17/200 –

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind im Rahmen der Haushaltsberatung für die heutige Ausspra-

¹⁾ Ergebnis siehe Seite 1145 C